

Health Economic News Juli 2020



Liebe Leserinnen und Leser,

gehen Sie wieder in Restaurants, fahren mit öffentlichen Verkehrsmitteln und waren Sie bereits beim Friseur? Oder geht Ihnen das alles viel zu schnell? Wir haben dazu mehr als 7.000 Menschen in 7 Ländern befragt und dies nach April nun zum zweiten Mal. Stand die Mehrheit zu Beginn noch hinter den politischen Entscheidungen, sind es jetzt nur noch etwas mehr als die Hälfte der Befragten. Für gut ein Drittel kommen die Lockerungen zu schnell, nur 44 % sagen, dass sie die Geschwindigkeit richtig finden. Auch haben viele Bürgerinnen und Bürger Sorge, dass die Umsetzung der Hygiene- und Abstandsregeln in vielen Bereichen des täglichen Lebens nicht entsprechend umgesetzt werden. Am meisten vertrauen sie diesbezüglich dem medizinischen Sektor, so dass sich Notfallpatienten nun auch wieder zur Behandlung in die Krankenhäuser begeben sollten. Die letzten Wochen haben aber gezeigt, wie schnell sich der Verlauf der Pandemie und damit einhergehend die Einstellung der Bevölkerung verändert, so dass wir die Befragung wiederholen werden.

Darüber hinaus laufen derzeit viele andere Forschungsprojekte, haben gerade begonnen oder konnten fertiggestellt werden. Zwei davon, die beide vom Innovationsfonds des G-BA gefördert werden, stellen wir Ihnen weiter unten vor.

Bleiben Sie gesund und genießen Sie trotz allem den Sommer.

Ihr Prof. Dr. Jonas Schreyögg

Corona-Forschung



COVID-19: Lockerungen für jeden 3. zu schnell

Europaweit gibt es dabei eine Tendenz, dass viele Menschen die Lockerungen der Einschränkungen als zu schnell empfinden. In Deutschland sagen dies immerhin 36 %, der zweithöchste Wert unter den befragten europäischen Ländern nach Großbritannien (45 %). Für 14 % der Menschen geht es hierzulande dagegen zu langsam in die Normalität zurück.

In Deutschland glaubt jeder Zweite nicht daran, dass Kirchen und Fitnessstudios genügend Infektionsschutz bieten. Dagegen hat nur etwa jeder Vierte Bedenken beim Friseurbesuch, Restaurants und der öffentliche Nahverkehr liegen im Mittelfeld. Sowohl Bäckereien als auch größere Supermärkte haben überwiegend das Vertrauen ihrer Kunden. Den besten Schutz trauen die Befragten Arztpraxen und Krankenhäusern zu: Nur 11 beziehungsweise 12 % der Menschen haben hier wenig oder gar kein Vertrauen. [Weitere Ergebnis der Befragungswellen finden Sie hier.](#)



Impfbereitschaft gegen COVID-19 sinkt, die Sorge über Nebenwirkungen wächst

Lässt sich eine Herdenimmunität über einen Impfstoff erzielen, wenn dieser verfügbar ist? Noch im April 2020 waren sich 70 % der Deutschen sicher, sich impfen zu lassen. Bei einer zweiten Befragungswelle im Juni sank diese Zahl bereits auf 61 %. Deutschland ist mit

Frankreich dabei Schlusslicht unter den sieben befragten europäischen Ländern. Die Bereitschaft, sich impfen zu lassen, ist bei Männern über 55 Jahren am größten. Frauen sind über alle Altersgruppen hinweg unsicherer, ob sie sich impfen lassen wollen. Mit großem Abstand sorgen sich die meisten Menschen in allen befragten Ländern vor möglichen Nebenwirkungen und um eine nicht ausreichende Wirksamkeit eines möglichen Impfstoffes.

Ausführliche Ergebnisse der ersten Befragung: Once we have it, will we use it? A European survey on willingness to be vaccinated against COVID-19; Neumann-Böhme S et al., European Journal of Health Economics

[Zum Forschungspaper...](#)



DFG startet interdisziplinäre Kommission für Pandemieforschung

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat eine 18-köpfige, interdisziplinär besetzte Kommission zur Pandemieforschung eingerichtet. Unter den Mitgliedern ist auch HCHE-Direktor Prof. Dr. Jonas Schreyögg. Die Kommission setzt sich aus Mitgliedern aller Wissenschaftsgebiete zusammen. Sie soll Forschungsprojekte begleiten und -bedarfe, besonders in der inter- und transdisziplinären Zusammenarbeit, aufdecken. Es gehe dabei vorrangig um Grundlagenforschung, um so neben medizinischen Aspekten auch die ethische, rechtliche, soziale, psychologische und historische Betrachtungsweise zu berücksichtigen, so die DFG.

[Zur DFG Pressemitteilung](#)

HCHE Forschung



Evaluation des PNP-Selektivvertrags für psychisch und neurologisch Erkrankte

Die AOK Baden-Württemberg hat mit dem PNP-Vertrag (Psychiatrie, Neurologie, Psychosomatik und Psychotherapie) ein alternatives Versorgungsmodell für ambulant tätige Neurologen, Psychiater und Psychotherapeuten geschaffen. Im Mittelpunkt steht eine gemeinsam koordinierte, leitliniengerechte Behandlung, die auf einer frühzeitigen und spezifischen Diagnosestellung basiert. Es soll u.a. die Vernetzung zwischen Fachärzten, Psychotherapeuten und Hausärzten gefördert und die Wartezeit bis zur Behandlung - v.a. für Patienten mit hohem Bedarf – reduziert werden. HCHE-Forscher haben in einem vom Innovationsfonds geförderten Projekt nun die Entwicklung der Kosten untersucht. Sie fanden heraus, dass sich beispielsweise die Arbeitsunfähigkeitstage und die Krankengeldzahlungen signifikant gegenüber der Regelversorgung verringern lassen.

Quelle: Engels A et al.: How does the integration of collaborative care elements in a gatekeeping system affect the costs for mental health care in Germany?, The European Journal of Health Economics (2020)

[Zur Studie ...](#)



Neues Forschungsprojekt: Gleiches Geld für gleiche Leistung?

Medizinische Leistungen wie Operationen, die sowohl ambulant als auch stationär durchgeführt werden können, werden bislang je nach Sektor unterschiedlich bezahlt (Fallpauschalen für die Krankenhäuser, Einzelleistungsvergütung für die Praxen). Dadurch besteht die Möglichkeit, dass der Patient nicht im für ihn angemessenen Sektor behandelt wird. Wie muss ein Vergütungssystem ausgestaltet sein, damit die in verschiedenen Sektoren gleich erbrachten Leistungen berücksichtigt und Fehlsteuerungen vermieden werden können? Unter Leitung des HCHE arbeiten die Technische Universität Berlin, das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland, das Deutsche Krankenhausinstitut und der BKK Dachverband gemeinsam an dem Konzept einer einheitlichen, sektorengleichen Vergütung (ESV). Das Projekt läuft 2,5 Jahre.

[Mehr hierzu...](#)

Impressum

Der Newsletter "Health Economics News" ist ein Angebot von: Universität Hamburg / HCHE, Esplanade 36, 20354 Hamburg, Tel.: +49 40 42838-9515.

Die Universität Hamburg ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie wird gesetzlich vertreten durch Prof. Dr. Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg, Mittelweg 177, 20148 Hamburg.

Zuständige Aufsichtsbehörde ist die Behörde für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburger Straße 37, 22083 Hamburg.
Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE 245 584 140

Inhaltlich verantwortlich i. S. v. § 5 TMG und § 55 Abs. 2 RStV ist:
Prof. Dr. Jonas Schreyögg, wissenschaftlicher Direktor HCHE, Tel.: +49 40 42838-

8041, E-Mail: jonas.schreyoegg@uni-hamburg.de

Der Newsletter wird automatisiert verschickt. Kritik, Probleme oder Anregungen schicken Sie bitte an newsletter@hche.de.

Abbestellen

Sie möchten den Newsletter abbestellen? Dann schicken Sie uns eine Mail an newsletter@hche.de mit dem Betreff "Unsubscribe".

Ihre E-Mail-Adresse wird ausschließlich zum Versand des Newsletters gespeichert und in keinem Fall an Dritte weitergegeben.

Fotonachweis: HCHE, Pixabay, DFG, Adobe Stock, UKE